

Luzerner Beiträge zur Rechtswissenschaft (LBR)

Herausgegeben von Jörg Schmid im Auftrag der
Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern

Band 109

Irma Ambauen

3. Teil ZPO versus 12. Kapitel IPRG

**Eine Gegenüberstellung im Kontext der
Opting-out-Möglichkeiten**

**Unter besonderer Berücksichtigung der zwingenden
Bestimmungen, der Schiedsfähigkeit und der Anfechtbarkeit
von Schiedssprüchen**

Schulthess § 2016

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Inhaltsübersicht.....	IX
Inhaltsverzeichnis.....	XIII
Abkürzungsverzeichnis.....	XXIX
Literaturverzeichnis.....	XXXIX
Materialienverzeichnis.....	LXV

Einleitung.....	1
-----------------	---

Erster Teil: Grundlagen 3

§ 1 Bedeutung der lex arbitri am Sitz des Schiedsgerichts	3
I. Begrifflichkeit	3
II. Bestimmung der anwendbaren lex arbitri.....	3
1. Territorialer Ansatz	3
2. Universaler oder delocalisierter Ansatz	5
3. Verbreitung im internationalen Vergleich.....	6
§ 2 Monistische oder dualistische Ausgestaltung der lex arbitri.....	6
I. Monistische Ausgestaltung der lex arbitri.....	6
II. Dualistische Ausgestaltung der lex arbitri.....	7
1. Abgrenzungskriterium Internationalität	7
2. Erscheinungsformen.....	8
A. Formelle Abgrenzung.....	8
B. Materielle Abgrenzung.....	8
C. Kombination formeller und materieller Abgrenzungskriterien	8
D. Parteiautonome Definition der Internationalität?	9
E. Vor- und Nachteile einzelner Abgrenzungskriterien.....	11

3.	Relativierung des Dualismus durch Opting-out-Möglichkeiten – der «offene Dualismus»	11
§ 3	Entstehungsgeschichte des «offenen Dualismus» in der Schweiz	12
I.	Zu den Anfängen	12
II.	Konkordat über die Schiedsgerichtsbarkeit	13
III.	12. Kapitel des IPRG	13
1.	Kodifizierung des internationalen Privatrechts.....	13
2.	Aufnahme der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit ins IPRG.....	14
	A. Kritik an der Konkordatslösung für die internationale Schiedsgerichtsbarkeit	14
	B. Entwurf und parlamentarische Debatte.....	16
	a) Verfassungsrechtliche Bedenken	16
	b) Neukonzeption durch nationalrätliche Subkommission... ..	17
	c) Keine Anlehnung an das UNCITRAL MG.....	18
3.	Geltungsbereich des 12. Kapitels des IPRG	19
	A. Enge Definition der Internationalität	19
	B. Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt mindestens einer Partei im Ausland.....	19
	C. Entscheidend ist der Zeitpunkt des Abschlusses der Schiedsvereinbarung	20
	D. Opting-out-Möglichkeit	20
4.	Begründung des Dualismus	21
IV.	Der 3. Teil der ZPO	21
1.	Aufnahme der Binnenschiedsgerichtsbarkeit in die ZPO	21
	A. Verfassungsrechtliche Grundlage	21
	B. Kritik an der Konkordatslösung für die Binnenschiedsgerichtsbarkeit	22
	C. Entwurf und parlamentarische Debatte.....	22
2.	Geltungsbereich des 3. Teils der ZPO	23
	A. Festhalten am dualistischen System durch die Subkommission Schiedsgerichtsbarkeit.....	23

B.	Kritik am dualistischen System	23
C.	Vorschlag einer Opting-out-Möglichkeit	24
D.	Festhalten am dualistischen System durch den Bundesrat	25
3.	Begründung des «offenen Dualismus».....	25

Zweiter Teil: Die Opting-out-Möglichkeiten 27

§ 1	Die Opting-out-Vereinbarung	27
I.	Rechtswahlmöglichkeit	27
II.	Zulässigkeit einer Opting-out-Vereinbarung.....	27
1.	Sitz des Schiedsgerichts in der Schweiz.....	27
2.	Keine Einschränkung auf Streitigkeiten internationalen Charakters.....	27
III.	Form und Inhalt einer Opting-out-Vereinbarung	28
1.	Durch Text nachweisbare Erklärung in der Schiedsvereinbarung oder einer späteren Übereinkunft	28
2.	Opting-out durch Verweis	29
3.	Abwahl der objektiv anwendbaren lex arbitri und Wahl der objektiv nicht anwendbaren lex arbitri	30
4.	Wahl einer ausländischen lex arbitri?.....	31
5.	Teilausschluss der objektiv anwendbaren lex arbitri.....	31
6.	Kritik an den strengen inhaltlichen Anforderungen	32
IV.	Konsens	35
1.	Freiwilligkeit	35
2.	Anwendbares Recht.....	35
V.	«Rügelose Einlassung».....	36
VI.	Spätester Zeitpunkt einer Opting-out-Vereinbarung	37
VII.	Übergangsrechtliche Fragen.....	38
§ 2	Entscheid über die Gültigkeit einer Opting-out-Vereinbarung	39
I.	Entscheid des Schiedsgerichts über die Gültigkeit der Opting-out- Vereinbarung.....	39
II.	Überprüfung des Schiedsentscheids mittels Schiedsbeschwerde	39

III.	Einfluss der Gültigkeit des Opting-out auf die Zuständigkeit der Beschwerdeinstanz	40
1.	Opting-out gemäss Art. 176 Abs. 2 IPRG bei gleichzeitiger Wahl des kantonalen Gerichts gemäss Art. 390 Abs. 1 ZPO	40
2.	Wahrung der Rechtsmittelfrist.....	41
A.	Lösungsmöglichkeiten	41
B.	Anwendung von Art. 48 Abs. 3 BGG.....	41
C.	Wiederherstellung der Frist gemäss Art. 148 ZPO bzw. Art. 50 BGG.....	42
D.	Analoge Anwendung von Art. 63 Abs. 1 ZPO	43
E.	Parallele Anfechtung des Schiedsentscheids beim Bundesgericht und beim kantonalen Gericht	43
a)	Parallele Anfechtung ist in jedem Fall fristwährend	43
b)	Das Schiedsgericht bejaht die Gültigkeit des Opting-out i.S.v. Art. 176 Abs. 2 IPRG	44
c)	Das Schiedsgericht verneint die Gültigkeit des Opting-out i.S.v. Art. 176 Abs. 2 IPRG	44
3.	Vermeidung eines negativen Kompetenzkonflikts	45
A.	Fehlende gesetzliche Koordination	45
B.	Koordination durch Anfechtung des kantonalen Rechtsmittelentscheids beim Bundesgericht.....	46
a)	Rechtslage vor Einführung der ZPO	46
b)	Rechtslage nach Einführung der ZPO.....	46
C.	Koordination durch Bindungswirkung des Nichteintretensentscheids	48
a)	Zur materiellen Rechtskraft eines Nichteintretensentscheids.....	48
b)	Beschränkte Bindungswirkung des Nichteintretensentscheids.....	49
c)	Vorteile gegenüber der Anfechtung des kantonalen Rechtsmittelentscheids beim Bundesgericht.....	50
IV.	Zusammenfassung	51

§ 3	Wirkungen einer Opting-out-Vereinbarung.....	52
I.	Wirkung auf die Anwendung zwingender (materieller) Normen.....	52
1.	Lehrmeinungen vor Inkrafttreten der ZPO.....	52
2.	Lehrmeinungen nach Inkrafttreten der ZPO.....	53
3.	Eigene Stellungnahme.....	55
	A. Unterscheidung zwischen materiellrechtlicher Privatautonomie und kollisionsrechtlicher Parteiautonomie	55
	a) Kollisionsrechtliche Parteiautonomie ermöglicht das Abweichen von zwingenden Bestimmungen.....	55
	b) Einschränkungen der kollisionsrechtlichen Parteiautonomie	55
	B. Rückschlüsse auf die Wirkungen einer Opting-out- Vereinbarung.....	57
	C. Wirkung auf die Anwendung von Normen ausserhalb des 12. Kapitels des IPRG	58
	D. Kein Schutz der schwächeren Vertragspartei durch Art. 354 ZPO	59
	E. Umgang mit internationalen Sachverhalten bei Anwendung des 3. Teils der ZPO	61
II.	Keine Auswirkungen auf die Vollstreckbarkeit des Schiedsspruchs	62
§ 4	Praktische Bedeutung der Opting-out-Möglichkeiten	63
I.	Zurückhaltung in der Praxis	63
II.	Sportschiedsgerichtsbarkeit im Besonderen.....	64
III.	Mögliche Gründe für die Zurückhaltung der Praxis.....	65

Dritter Teil: Zu den zwingenden Bestimmungen der schweizerischen lex arbitri

§ 1	Grundlagen	67
I.	Nur zwingende Bestimmungen rechtfertigen die Opting-out- Möglichkeiten.....	67
II.	Unterteilung der lex arbitri in zwingende und dispositive Bestimmungen.....	67

1.	Das Gegensatzpaar zwingend und dispositiv.....	67
2.	Abschliessende Beurteilung nur durch Auslegung im Einzelfall möglich	68
3.	Grenzen der Unterteilung in zwingend und dispositiv.....	70
	A. Beschreibende Normen.....	70
	a) Einleitung	70
	b) Erstes Beispiel: Die subsidiär zwingende Norm	71
	c) Zweites Beispiel: Kollisionsrechtliche Gestaltungsfreiheit	73
	B. Dispositive Normen mit zwingendem Teilgehalt	73
	C. Normen mit gesetzlich vorgesehenen Alternativen	74
	D. Fazit: Entscheidend ist der Gestaltungsspielraum der Parteien	74
4.	Ganzheitliche Abbedingung der objektiv anwendbaren lex arbitri bleibt unberücksichtigt.....	75
5.	Die Möglichkeit des Rechtsmittelverzichts gemäss Art. 192 Abs. 1 IPRG bleibt unberücksichtigt.....	75
6.	Abgrenzung zur Rechtsanwendung von Amtes wegen.....	76
7.	Keine Aussage über die Sinnhaftigkeit einer abweichenden Parteiabrede	77
§ 2	Zum Gestaltungsspielraum im Einzelnen.....	78
I.	Geltungsbereich	78
1.	Keinen Einfluss auf den Entscheid für oder gegen ein Opting-out.....	78
2.	Objektive Anknüpfung	78
3.	Subjektive Anknüpfung	79
4.	Übergangsrecht	79
5.	Fazit: In sich geschlossene Regelung des Geltungsbereichs	80
II.	Umsetzung des Prinzips der Privatautonomie in der schweizerischen lex arbitri.....	81
1.	Hinweise auf den dispositiven Charakter einer Bestimmung	81
2.	Bestimmungen mit Gestaltungsspielraum	81
	A. Sitz des Schiedsgerichts und Verhandlungsort	81

B.	Anzahl der Mitglieder und Ernennung des Schiedsgerichts.....	82
C.	Annahme des Amtes.....	82
D.	Bestellung des Sekretariats.....	83
E.	Amtsdauer des Schiedsgerichts	83
F.	Ablehnung (eines Mitglieds) des Schiedsgerichts	84
G.	Abberufung eines Mitglieds des Schiedsgerichts	84
H.	Ersetzung eines Mitglieds des Schiedsgerichts	85
I.	Allgemeine Verfahrensregeln.....	85
J.	Beratung und Abstimmung.....	85
K.	Zwischen- und Teilschiedssprüche.....	86
L.	Anwendbares Recht.....	86
M.	Kostenvorschuss	87
	a) Kompetenz zum Einverlangen eines Kostenvorschusses.....	87
	b) Vorgehen bei Nichtleistung des Kostenvorschusses.....	87
N.	Anordnung vorsorglicher Massnahmen.....	88
O.	Sicherstellung der Parteientschädigung.....	89
P.	Beweisabnahme durch das Schiedsgericht	90
Q.	Verrechnung	92
R.	Einigung der Parteien	93
S.	Berichtigung, Erläuterung und Ergänzung des Schiedsspruchs	94
III.	Einschränkungen der Privatautonomie.....	94
1.	Hinweise auf den zwingenden Charakter einer Bestimmung.....	94
2.	Einhaltung minimaler Verfahrensgarantien und international zwingender Normen	95
	A. Anspruch auf rechtliches Gehör, Gleichbehandlung und ein kontradiktorisches Verfahren	95
	a) Gründe für die Einschränkung der Privatautonomie.....	95
	b) Teilaspekte des rechtlichen Gehörs	96
	c) Gleichbehandlung der Parteien	97

	d)	Kontradiktorisches Verfahren	97
B.		Anspruch auf ein unabhängiges und unparteiisches Schiedsgericht.....	97
	a)	Gründe für die Einschränkung der Privatautonomie	97
	b)	Ablehnung (eines Mitglieds) des Schiedsgerichts.....	98
	c)	Offenlegungspflicht der Mitglieder des Schiedsgerichts.....	99
	d)	Unabhängigkeit und Unparteilichkeit des Sekretariats ..	100
C.		Anspruch auf effektiven Rechtsschutz.....	100
D.		Kein Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege.....	101
E.		Berücksichtigung international zwingender Normen.....	102
3.		Schnittstellen zur staatlichen Rechtspflege.....	103
	A.	Indirekt zwingende Normen im Verfahren vor staatlichen Instanzen	103
	a)	Gründe für die Einschränkung der Privatautonomie	103
	b)	Anweisungen an die Kantone.....	103
	c)	Anweisungen an kantonale Gerichte.....	104
	d)	Anweisungen an die Rechtsmittelinstanz.....	104
	e)	Hinterlegung des Schiedsspruchs und Vollstreckbarkeitsbescheinigung	107
	B.	Subsidiär zwingende Normen zur Sicherstellung der Durchführung des Schiedsverfahrens	107
	a)	Gründe für die Einschränkung der Privatautonomie	107
	b)	Anspruch auf Bestimmung des Sitzes des Schiedsgerichts.....	107
	c)	Anspruch auf Ernennung des Schiedsgerichts	109
	d)	Anspruch auf Absetzung und Ersetzung eines Mitglieds des Schiedsgerichts.....	110
	e)	Anspruch auf Anordnung vorsorglicher Massnahmen...	111
	f)	Anspruch auf Vollstreckung vorsorglicher Massnahmen des Schiedsgerichts	112
	g)	Anspruch auf Beweisabnahme	112

h)	Anspruch auf Mitwirkung des staatlichen Gerichts sofern erforderlich	112
C.	Vorsorgliche Massnahmen, Sicherheit und Schadenersatz im Besonderen	113
a)	Anordnung vorsorglicher Massnahmen	113
b)	Zuständigkeit des staatlichen Gerichts	113
c)	Arten vorsorglicher Massnahmen	114
d)	Sicherheitsleistung	114
e)	Haftung aufgrund einer ungerechtfertigten vorsorglichen Massnahme	115
i)	Zuständigkeit	115
ii)	Voraussetzungen der Schadenersatzpflicht	116
iii)	Haftungsausschluss	116
f)	Vollstreckung	118
g)	Zusammenfassung	118
D.	Voraussetzungen und Grenzen privater Gerichtsbarkeit	119
a)	Voraussetzungen einer gültigen Schiedsvereinbarung ..	119
i)	Gründe für die Einschränkung der Privatautonomie	119
ii)	Objektive Schiedsfähigkeit	119
iii)	Subjektive Schiedsfähigkeit	120
iv)	Wesensmerkmale der Schiedsvereinbarung	120
v)	Textform	122
vi)	Angelegenheiten aus Miete und Pacht von Wohnräumen im Besonderen	122
b)	Konsequenzen für weitere Bestimmungen	123
i)	Einleitung	123
ii)	Voraussetzungen von Klagenhäufung und Widerklage	124
iii)	Streitgenossenschaft	125
iv)	Hauptintervention und Streitverkündungsklage	126
c)	Entscheid über die Gültigkeit einer Schiedsvereinbarung	127

i)	Gründe für die Einschränkung der Privatautonomie	127
ii)	Entscheid durch das Schiedsgericht und Kontrolle durch die staatliche Rechtsmittelinstanz	127
iii)	Entscheid durch ein staatliches Gericht	128
iv)	Zeitpunkt und Ausschlusswirkung der Rechtshängigkeit	129
d)	Konstituierung des Schiedsgerichts	130
e)	Wirkungen des Schiedsspruchs	131
E.	Anspruch auf ein Original des Schiedsentscheids	131
a)	Gründe für die Einschränkung der Privatautonomie	131
b)	Mindestinhalt des Schiedsentscheids	132
4.	Verwirkung zwingender Ansprüche	134
A.	Gründe für die Einschränkung der Privatautonomie	134
B.	Einrede der Unzuständigkeit	135
C.	Ablehnung (eines Mitglieds) des Schiedsgerichts	136
D.	Verstöße gegen zwingende Verfahrensregeln	136
IV.	Zusammenfassung	137
V.	Fazit	144
1.	Zahlreiche Einschränkungen der Privatautonomie	144
2.	Kaum Unterschiede zwischen der nationalen und internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	144
3.	Entscheidend ist der inhaltliche Vergleich	145
§ 3	Vergleich ausgewählter zwingender Bestimmungen	146
I.	Objektive Schiedsfähigkeit	146
1.	Vermögensrechtliche versus frei verfügbare Ansprüche	146
2.	Vermögensrechtliche Ansprüche	146
A.	Entstehungsgeschichte von Art. 177 Abs. 1 IPRG	146
B.	Materielle Regelung	147
C.	Geldwerter Anspruch	147
D.	Einheitliche Auslegung im Bundesrecht?	148

E.	Keine Prüfung der freien Verfügbarkeit	150
F.	Ordre-public-Vorbehalt	151
3.	Frei verfügbare Ansprüche	152
A.	Entstehungsgeschichte von Art. 354 ZPO	152
a)	KSG	152
b)	ZPO	153
B.	Verzichtbare Ansprüche	154
C.	Schwierige Definition der Verzichtsfähigkeit	154
i)	Einfluss der lex causae	154
ii)	Einfluss zwingender Bestimmungen	155
iii)	Einfluss der Oficialmaxime	157
iv)	Fazit: Rechtsordnung in ihrer Gesamtheit berücksichtigen	157
4.	Das Verhältnis zwischen vermögensrechtlichen und frei verfügbaren Ansprüchen	158
A.	Begriffe sind nicht deckungsgleich	158
B.	Arbeitsrechtliche Angelegenheiten	159
C.	Konsumentenrechtliche Angelegenheiten	159
D.	Miet- und pachtrechtliche Angelegenheiten	160
E.	Familienrechtliche Angelegenheiten	161
F.	Persönlichkeitsrechtliche Angelegenheiten	163
a)	Schutz der Persönlichkeit vor Verletzung durch Dritte	163
b)	Schutz der Persönlichkeit vor übermäßiger Bindung ...	164
G.	Gesellschaftsrechtliche Angelegenheiten	165
H.	Immaterialgüterrechtliche Angelegenheiten	167
I.	Schuldbetreibungs- und konkursrechtliche Angelegenheiten...	168
5.	Zusammenfassung und Konsequenzen für eine Opting-out- Vereinbarung	168
II.	Subjektive Schiedsfähigkeit	170
1.	In der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit	170

2.	In der Binnenschiedsgerichtsbarkeit.....	171
3.	Art. 177 Abs. 2 IPRG im Besonderen	172
4.	Zusammenfassung und Konsequenzen für eine Opting-out-Vereinbarung	173
III.	Schiedsbeschwerde.....	173
1.	Wahl der Rechtsmittelinstanz	173
	A. Gestaltungsspielraum der Parteien.....	173
	B. Beschwerdemodalitäten	174
	a) Beschwerdefrist.....	174
	b) Beschwerdeschrift.....	175
	c) Streitwertgrenze	177
	C. Beschwerdeverfahren.....	178
	a) Noven.....	178
	b) Kognition	179
	c) Schriftenwechsel	179
	D. Wirkung der Beschwerde.....	179
	E. Zusammenfassung und Konsequenzen für eine Opting-out-Vereinbarung	179
2.	Subsidiarität der Beschwerde.....	180
3.	Anfechtbare Schiedssprüche.....	180
4.	Beschwerdegründe.....	181
	a) Abschliessende Aufzählung der Beschwerdegründe	181
	b) Formelle Beschwerdegründe.....	181
	c) Materielle Beschwerdegründe.....	181
	d) Offensichtlich zu hohe Entschädigungen und Auslagen	181
5.	Rückweisung zur Berichtigung oder Ergänzung	184
6.	Wirkung des Rechtsmittelentscheids.....	185
	A. Kassatorische Wirkung.....	185
	B. Reformatorische Wirkung.....	186

7.	Zusammenfassung und Konsequenzen für eine Opting-out-Vereinbarung	186
IV.	Ordre-public-Widrigkeit versus Willkür	188
1.	Ordre-public-Rüge.....	188
A.	Einleitung	188
B.	Zum Ordre public im internationalen Privatrecht.....	188
a)	Der negative Ordre public.....	188
i)	Für Schweizer Gerichte	188
(i)	Ergebniskorrektur	188
(ii)	Binnenbeziehung	188
ii)	Für Schiedsgerichte mit Sitz in der Schweiz	189
b)	Der positive Ordre public / Eingriffsnormen	189
i)	Für Schweizer Gerichte	189
ii)	Für Schiedsgerichte mit Sitz in der Schweiz	190
c)	Der anerkennungsrechtliche Ordre public	190
i)	Einleitung.....	190
ii)	Materiellrechtlicher Gehalt.....	190
iii)	Verfahrensrechtlicher Gehalt.....	191
iv)	Effet atténué und Binnenbeziehung.....	191
v)	Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche	192
C.	Zum Ordre public i.S.v. Art. 190 Abs. 2 lit. e IPRG	192
a)	Entstehungsgeschichte	192
b)	Zuordnungsversuche.....	193
c)	Konkretisierung durch das Bundesgericht.....	194
i)	Materiellrechtlicher und verfahrensrechtlicher Gehalt ..	194
ii)	Abwehrfunktion.....	195
iii)	Auswirkungen auf das Ergebnis des Schiedsentscheids	195
iv)	Massgebende Wertordnung	196
v)	Binnenbeziehung	198

vi)	Restriktive Auslegung bezogen auf den Einzelfall	198
d)	Verstoss gegen den verfahrensrechtlichen Ordre public	198
i)	Definition	198
ii)	Beispiele aus der Rechtsprechung.....	199
e)	Verstoss gegen den materiellrechtlichen Ordre public...	201
i)	Definition	201
ii)	Beispiele aus der Rechtsprechung.....	201
f)	Häufigkeit der Ordre-public-Rüge und Erfolgsaussichten	203
g)	Fazit: Durchsetzung fundamentaler Wertvorstellungen.....	204
2.	Willkürüge.....	205
A.	Einleitung.....	205
B.	Zur Willkür i.S.v. Art. 9 BV	205
a)	Definition	205
b)	Willkür in der Rechtsanwendung.....	206
C.	Zur Willkür i.S.v. Art. 393 lit. e ZPO	207
a)	Entstehungsgeschichte	207
b)	Zuordnungsversuche	208
c)	Offensichtlich aktenwidrige tatsächliche Feststellungen.....	208
i)	Definition	208
ii)	Beispiele aus der Rechtsprechung.....	209
d)	Offensichtliche Verletzung des Rechts	210
i)	Definition	210
ii)	Beispiele aus der Rechtsprechung.....	211
e)	Offensichtliche Verletzung der Billigkeit	213
i)	Definition	213
ii)	Kaum Beispiele aus der Rechtsprechung.....	213
f)	Häufigkeit der Willkürüge und Erfolgsaussichten.....	214

g)	Fazit: Durchsetzung fundamentaler Gerechtigkeitsvorstellungen	215
3.	Das Verhältnis zwischen Ordre-public-Widrigkeit und der Verletzung des Willkürverbots	215
A.	Begriffe sind nicht deckungsgleich	215
B.	Prüfung verfahrensrechtlicher Rügen	216
C.	Prüfung materiellrechtlicher Rügen	216
a)	Vier mögliche Schiedsentscheide	216
b)	Der Schiedsentscheid ist weder willkürlich noch Ordre-public-widrig	218
c)	Der Schiedsentscheid ist willkürlich aber nicht Ordre-public-widrig	218
d)	Der Schiedsentscheid ist nicht willkürlich aber Ordre-public-widrig	219
e)	Der Schiedsentscheid ist willkürlich und Ordre-public-widrig	220
f)	Fazit	220
4.	Zusammenfassung und Konsequenzen für eine Opting-out-Vereinbarung	221
A.	Keine Unterschiede bei der Prüfung verfahrensrechtlicher Rügen	221
B.	Verbleibende Unterschiede bei der Prüfung weiterer Rügen ...	221
a)	Offensichtliche Aktenwidrigkeit	221
b)	Offensichtliche Verletzung der Billigkeit	221
c)	Offensichtliche Verletzung des Rechts	222
V.	Revision	222
1.	ZPO versus BGG	222
2.	Zuständigkeit	223
A.	Devolutiveffekt	223
B.	Anfechtung des kantonalen Revisionsentscheids beim Bundesgericht	223
C.	Prorogation eines Schiedsgerichts?	224
3.	Anfechtbare Schiedssprüche	225

4.	Revisionsgründe	226
	A. Neue erhebliche Tatsachen oder Beweismittel und Einwirken auf den Schiedsspruch durch strafbare Handlung ...	226
	B. Verletzung der EMRK	226
	C. Unwirksamer Dispositionsakt.....	227
5.	Fristen	228
6.	Verfahren	228
7.	Rückweisung an das Schiedsgericht.....	229
8.	Zusammenfassung und Konsequenzen für eine Opting-out- Vereinbarung	229
	Ergebnis.....	231
1.	Der «offene Dualismus» bringt zusätzliche Gestaltungsfreiheit.....	231
2.	Wenig zwingende Unterschiede zwischen dem 3. Teil der ZPO und dem 12. Kapitel des IPRG	231
3.	Gründe für eine Opting-out-Vereinbarung	231
4.	Zurück zu einem Code unique?	233
5.	Diskussionsvorschläge zur Weiterentwicklung des Schiedsverfassungsrechts	234
	Sachregister.....	237